Arbeitsrecht

§ 30 GBA.

1. Ein Änderungsvertrag beruht nicht deshalb auf einer unzulässigen Beeinflussung der Willensentscheidung des Werk tätigen, weil der Betrieb bei den Vertragsverhandlungen auf eine anderenfalls notwendige Kündigung hingewiesen hat.

2. Im zeitlichen Zusammenhang mit dem Abschluß eines Änderungsvertrages getroffene Absprachen über eine spätere Leistungs- und Verhaltenseinschätzung des Werk tätigen als Grundlage für eine mögliche erneute Änderung des Arbeitsrechtsverhältnisses machen den Änderungsvertrag nicht unwirksam.

OG, Urt. vom 8. Juni 1973 — Za 9/73.

Der Kläger ist seit 1965 beim Verklagten tätig. Bis Ende Januar 1971 arbeitete er als Abteilungsleiter, danach als Abschnittsleiter. Mängel im moralischen Verhalten des Klägers veranlaßten den Betrieb, ihn für die vereinbarte Tätigkeit nicht mehr als geeignet anzusehen. Im Februar 1972 schlossen die Vertragspartner deshalb einen Änderungsvertrag, nach dem dem Kläger die Tätigkeit als Ingenieur für Maschinenbau übertragen wurde. Gleichfalls Anfang Februar wurde eine Zusatzvereinbarung zum Änderungsvertrag getroffen. Nach ihr sollte spätestens Ende 1972 eine Einschätzung der Leistungen und des Gesamtverhaltens des Klägers erfolgen, die Grundlage für den Abschluß eines Änderungsvertrages darstelle. Der Einsatz in eine neue Tätigkeit werde unter Berücksichtigung der Qualifikation des Klägers und des Stellenplanes 1973 erfolgen.

Im Juni 1972 stellte der Kläger bei der Konfliktkommission den Antrag, den Änderungsvertrag für rechtsunwirksam zu erklären. Zur Begründung wurde ausgeführt, er sei durch unzulässige Willensbeeinflussung zum Abschluß des Änderungsvertrages veranlaßt worden. Ihm sei für den Fall, daß er der Änderung vereinbarter Arbeitsbedingungen nicht zustimme, die Kündigung wegen Nichteignung für die vereinbarte Arbeitsaufgabe in Aussicht gestellt worden.

Nach Abweisung des Antrages durch die Konfliktkommission wandte sich der Kläger an das Kreisgericht. Dieses wies die Klage (Einspruch) als unbegründet zurück.

Auf den Einspruch (Berufung) des Klägers hat das Bezirksgericht das Urteil des Kreisgerichts und den Beschluß der Konfliktkommission aufgehoben, den Änderungsvertrag für rechtsunwirksam erklärt und den Verklagten zur Leistung von Schadenersatz in Höhe von 1 633,98 M verpflichtet. Zur Begründung hat es vor allem ausgeführt, der Änderungsvertrag verstöße gegen § 30 GBA, weil in ihm nicht festgelegt worden sei, welche Aufgabe der Kläger vom 1. Januar 1973 an übernehmen solle.

Gegen dieses Urteil richtet sich der Kassationsantrag des Generalstaatsanwalts der DDR, mit dem Verletzung des § 30 GBA gerügt wird.

Der Kassationsantrag hatte Erfolg.

Aus den G r ü n d e n :

Dem Bezirksgericht ist zunächst darin zuzustimmen, daß der Abschluß des Änderungsvertrages infolge des Verhaltens des Klägers gerechtfertigt war. Für die bis dahin ausgeübte Leitertätigkeit war er nicht mehr geeignet. Dem Verklagten blieb keine andere Wahl, als den Abschluß eines Änderungsvertrages mit dem Kläger anzustreben oder das Arbeitsrechtsverhältnis gemäß § 31 Abs. 2 Buchst. b) GBA durch Kündigung zu beenden. Das Bezirksgericht stellt auch zutreffend fest, daß die Erörterung dieser Konsequenz durch den Verklagten mit dem Kläger keine unzulässige Beeinflussung der Willensentscheidung darstellt. Es befindet sich damit in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung weiterer Ge-

richte der DDR, in der zum Ausdruck kommt, daß ein Änderungsvertrag auch dann nicht durch unzulässige Beeinflussung der Willensentscheidung des Werk tätigen herbeigeführt worden ist, wenn der Betrieb bei den Vertragsverhandlungen auf eine anderenfalls notwendige Kündigung hinweist. Die Gerichte lassen sich zu treffend davon leiten, daß die Erklärung des Betriebes lediglich eine Information über die Absichten des Betriebes darstellt, eine bestimmte, gesetzlich zulässige Maßnahme zu ergreifen, sofern der Änderungsvertrag nicht abgeschlossen werden sollte. Der Generalstaatsanwalt hebt in seinem Kassationsantrag hervor, daß der Betrieb sogar verpflichtet sei, dem Werk tätigen die möglichen Rechtsfolgen aufzuzeigen, um ihn in die Lage zu versetzen, eine allseitig durchdachte Entscheidung in eigener Verantwortung zu treffen.

Unzutreffend und für die vorliegende fehlerhafte Entscheidung ausschlaggebend ist jedoch die Auffassung des Bezirksgerichts, der Änderungsvertrag stelle mit der Zusatzvereinbarung eine rechtliche Einheit dar. Die Parteien hätten damit nur eine vorläufige Klärung des Arbeitsrechtsverhältnisses des Klägers bis zum 31. Dezember 1972 geschaffen. Hierdurch seien Grundprinzipien des Arbeitsvertragsrechts verletzt, weil für den späteren Zeitraum ungewiß bleibe, welche Arbeitsaufgabe der Kläger ausführen solle.

Die rechtliche Verknüpfung des Änderungsvertrages mit der Zusatzvereinbarung durch das Bezirksgericht widerspricht dem tatsächlichen Geschehen und unterstellt den Parteien eine Absicht, die sie bei Abschluß des Änderungsvertrages und der Zusatzvereinbarung nicht gehabt haben. Zum Beispiel hat sich der Kläger im Verlaufe des Arbeitsrechtsverfahrens nicht auf einen Inhalt der Vereinbarung gestützt, wie er vom Bezirksgericht interpretiert wird. Er hat vielmehr, allerdings völlig unbegründet, die Unwirksamkeit des Änderungsvertrages wegen unzulässiger Beeinflussung seiner Willensentscheidung hervorgehoben.

Der Kläger konnte zunächst nicht weiter als Leiter tätig sein. Das hatte er im Ergebnis der hierzu geführten Aussprachen durchaus selbst erkannt, und hierdurch kam es zum Abschluß des Änderungsvertrages zwischen den Partnern des Arbeitsrechtsverhältnisses. Der Verklagte hatte sich davon leiten lassen, daß die Nichteignung für eine Leitertätigkeit im gegebenen Bereich durchaus nicht auf unabhärbare Zeit vorliegen müsse. Deshalb wurde dem Kläger zunächst mündlich zugesagt, sein Gesamtverhalten mit Ablauf des Jahres 1972 zu überprüfen. Die Absicht, den weiteren Einsatz des Klägers vom Ergebnis der Einschätzung des Gesamtverhaltens abhängig zu machen, wurde vom Verklagten vor allem deshalb geäußert, um die Bereitschaft des Klägers zu fördern, aus seinem bisherigen Verhalten Schlußfolgerungen zu ziehen. Für eine reale Einschätzung war jedoch ein längerer Zeitraum erforderlich, was zu der Ankündigung führte, den Einsatz in eine neue Tätigkeit für 1973 in Erwägung zu ziehen.

Ersichtlich hat das Bezirksgericht dem Verklagten, der notwendige Konsequenzen aus dem Verhalten des Klägers ziehen mußte, ihm aber auch eine mögliche spätere Entwicklung aufgezeigt, völlig unbegründet eine Verletzung gesetzlicher Regelungen vorgeworfen, wenn es die tatsächlichen Vorgänge als unzulässige vorübergehende Änderung des Arbeitsrechtsverhältnisses auf Probe bzw. auf moralische Bewährung charakterisiert. Ausschlaggebend für die arbeitsrechtlichen Beziehungen der Parteien war der Änderungsvertrag, auf dessen Grundlage der Kläger mit einer anderen Tätigkeit im Betrieb beschäftigt wurde, für die seine Eignung gegeben war. Die Parteien hatten weder die Absicht noch Veranlassung, unmittelbar nach dem Abschluß des Änderungsvertrages diesen durch die Zusatzvereinbarung